

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Wirtschaftskrise und Zinswucher.



Seit Monaten andauernde, als Folge der deutschen Währungsstabilisierung auftretende Wirtschaftskrise dehnt sich unausgesetzt weiter aus. Bei den von den Banken wie von privaten Geldgebern geforderten hohen Zinsätzen gestaltet sich die für die Fortführung der Betriebe erforderliche Kapitalbeschaffung selbst für finanzkräftigere Unternehmungen schwierig, so daß auch hier Betriebseinschränkungen immer häufiger werden. Ob der angegebene Kapital- und Kreditmangel die alleinige Ursache hierfür ist, läßt sich schwer feststellen. In nicht wenigen Fällen spielen aber zweifellos auch spekulative, antisoziale Beweggründe mit. Der Kampf gegen den Achtstundentag sowie die Absichten der Unternehmer auf einen allgemeinen Lohnabbau sind noch nicht aufgegeben. Es liegt deshalb nahe, die zurzeit bestehende Absatzstodung zu benutzen, die Arbeiter für die Pläne des Unternehmertums mürbe zu machen. Diese Auffassung wird dadurch bestärkt, daß die Reichsbank ihre Kreditpolitik nicht unwesentlich modifiziert hat und die Rationalisierung der Kredite nicht mehr mit der gleichen Strenge wie bisher einhält, ohne daß aber die Interessenten von der gebotenen erweiterten Kreditmöglichkeit Gebrauch machen. Zum Teil mag dazu beitragen, daß die vorhandene Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Lage davor zurückschreckt, sich auf Verbindlichkeiten einzulassen, deren fristzeitige Erfüllung durch den schleppenden Eingang von Guthaben in Frage gestellt wird. Wie es aber auch sein mag und welche Motive bei den stattfindenden Betriebseinschränkungen in Betracht kommen, für die Arbeiter ergeben sich in allen Fällen die gleichen Wirkungen: Die Zahl der Erwerbslosen, besonders der Kurzarbeiter, nimmt zu und ihre Lebenshaltung erfährt eine weitgehende Verschlechterung, ein Zustand, der sich durch die neu eintreffende Steigerung der Lebensmittelpreise verschlimmert.

Nicht zu bestreiten ist, daß besonders die Industrie an Kapitalmangel leidet, der in Verbindung mit den ins Wucherische gehenden Zinsätzen auf die Produktion hemmend einwirken muß. Zinsforderungen von 30, 40 und mehr Prozent verteuern die Produktion und können nicht ohne Einfluß auf die Preise bleiben, besonders, wenn die Erzeuger bei ihren aus der Inflationszeit stammenden Kalkulationsmethoden verharren. Desgleichen ist klar, daß die in ihrer Kaufkraft schwer beeinträchtigte Bevölkerung derart verteuerte Waren nicht zu kaufen vermag, was den Absatz und mit ihm schließlich die Produktion selbst zum Stillstand bringen muß. Während der Inflationsperiode wurden diese Verarmungserscheinungen — denn um solche handelt es sich — wenig bemerkbar. Die Rotenpresse ließ mit ihrer intensiven Tätigkeit den Kapitalmangel nur zeitweise und vorübergehend in die Erscheinung treten. Auch die Erhöhung des Zinsfußes blieb

bei der Kreditwilligkeit der Reichsbank unter der Ära Havenstein und bei dem ständigen Sinken der Valuta für die Produzenten nebensächlich, weil sie die erhaltenen Darlehen nebst Zinsen mit fast völlig entwerteten Papier Scheinen decken konnten. Die Darlehnsgeber waren die Betroffenen, soweit sie sich nicht durch Vereinbarungen über Rückzahlung in wertbeständiger Valuta gesichert hatten. Hatte deshalb zu jener Zeit angesichts des großen Risikos für den Geldverleiher die Forderung entsprechend hoher Zinsen eine Berechtigung, so kann jetzt, wo dieses Risiko nicht mehr im gleichen Maße besteht, davon nicht mehr geredet werden. Man kann vielmehr die gegenwärtigen hohen Zinsforderungen mit Fug und Recht als Zinswucher bezeichnen.

Das zugegeben, macht es aber doch einen eigentümlichen Eindruck, wenn die gleichen Produzententreise, die noch vor kurzem nach der freien Wirtschaft riesen, nunmehr gegenüber diesen Wirkungen der freien Wirtschaft Zwangsmaßnahmen der Regierung gegen den Zinswucher fordern und sich darüber entrüsten, daß in dieser Richtung nichts geschieht. Mindestens bedeutet es eine arge Begriffsverwirrung, denn wenn man die freie Wirtschaft als das allein richtige und für die Gesamtheit zum Heil führende Ziel betrachtet, dann muß man konsequenter Weise auch die sich aus ihr ergebenden unangenehmen Folgen hinnehmen. Statt dessen will man nur die Vorteile, mit den Nachteilen der freien Wirtschaft sollen sich die anderen abfinden. Wir kennen diese Einstellung zur Genüge, die auch in der Forderung nach Schutzzöllen zum Ausdruck gelangt, womit nichts anderes beabsichtigt ist, als dem Erzeugern eine bevorzugte Sonderstellung zu verschaffen, die Verbraucher dagegen zu schutzlosen Ausbeutungsobjekten herabzudrücken.

Selbsterständlich haben auch die Verbraucher, vor allem die Arbeiter ein Interesse daran, daß der Zinswucher verschwindet, denn sie sind es, die mit am meisten darunter zu leiden haben. Nur wäre es irreführend, bei ihnen Hoffnungen zu erwecken, daß der Wucher durch gefällige Zwangsmaßnahmen zum Verschwinden gebracht werden könnte. Ueber die Ausichtslosigkeit eines derartigen Vorgehens haben wir seit Beginn des Weltkrieges hinreichende Erfahrungen sammeln können. Alle behördlichen Maßnahmen gegen das Wucher- und Schiebertum haben verfehlt, mußten versagen, weil sie auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse als Massenerscheinung auftraten. So war es bei dem Lebensmittelwucher und genau so liegen die Dinge bei dem Zinswucher. Für die Ausichtslosigkeit einer gefälligen Wucherbekämpfung bietet uns die ältere wie neuere Geschichte Beispiele in Hülle und Fülle. Es braucht nur an den Kampf der Kirche wie auch der Gesetzgebung des Mittelalters oder der französischen Revolutionsregierung des 18. Jahrhunderts erinnert zu werden; er blieb fruchtlos, weil sich die wirtschaftlichen Verhältnisse als stärker erwiesen.

Die aus der Stabilisierungskrise hervorgehende Kapital- und Kreditnot sowie der mit ihr verbundene Zinswucher sind nicht auf Deutschland beschränkt. Im allgemeinen befindet sich zwar das Ausland in günstiger Lage, teilweise, wie z. B. in Amerika besteht aus leicht erklärlichen Gründen sogar eine sehr erhebliche Geldflüssigkeit, so daß dort Kapital zu sehr niedrigem Zinsfuß zur Verfügung steht. Dagegen liegen die Verhältnisse in Polen ähnlich wie in Deutschland, weshalb die polnische Regierung beabsichtigt, gegen die außerordentlich hohen Zinssätze vorzugehen. Ueber den Erfolg dieses Vorgehens wird man sich nach dem Angeführten keine Illusionen zu machen brauchen, enthält doch auch das deutsche Reichsstrafgesetzbuch Vorschriften, die es gestatten, die Wucherer beim Kraken zu nehmen. Diese Vorschriften kommen aber nicht zur Anwendung, weil man sich keinen Erfolg davon verspricht. Auch eine Ergänzung oder Verschärfung der Wucherbekämpfungsvorschriften würde nichts nützen.

Die deutsche Gesetzgebung wie Rechtsprechung kommt über die Tatsache nicht hinweg, daß sich das deutsche Volkvermögen durch den Krieg beträchtlich vermindert hat. Ob diese Verminderung auf 40 oder 50 Proz. geschätzt wird, bleibt gleichgültig, jedenfalls ist sie so erheblich, daß die Kapitalnachfrage durch das vorhandene Kapitalangebot bei weitem nicht befriedigt wird. Das in Sachwerten festgelegte und immobile Kapital kommt für die Kreditgewährung nicht in Frage und soweit Sparkapital vorhanden ist, wird es in wesentlichem Umfang aus Furcht vor neuen Verlusten zurückgehalten. An dem so bestehenden Kapitalmangel dürfte auch die mit Durchführung des Dawes-Gutachtens in Aussicht stehende internationale Anleihe von 800 Millionen keine entscheidende Aenderung, im günstigsten Falle eine Erleichterung bringen. Eine fühlbare Besserung wird erst eintreten, wenn unter Zuziehung weiterer Auslandskredite sich in

Deutschland eine neue Kapitalbildung vollzieht und das wiederkehrende Vertrauen in die deutsche Wirtschaft die heute in den verschiedensten Schlupfwinkeln versteckten Werte wieder zum Vorschein kommen läßt. Alsdann wird das in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung für den Geld- wie für den gesamten Warenmarkt geltende Gesetz von Angebot und Nachfrage, wie es zurzeit die Erhöhung des Zinsfußes bewirkt, mit der gleichen Konsequenz seine Herabsetzung herbeiführen. Das mag als schwacher Trost erscheinen; die Verteidiger der heutigen Gesellschaftsordnung dürfen sich aber darüber nicht beklagen.

Bis zur Herabdrückung der heute üblichen hohen Zinssätze durch verstärktes Kapitalangebot werden sich die Produzententriebe weiter behelfen müssen. Sehr von Vorteil wäre hierbei die Einsicht, daß sich der Wert wirtschaftlicher Anlagen nach ihrer produktiven Verwendbarkeit bemisst. Viele Industrien haben in der Kriegs- und Inflationszeit ihre Anlagen teils aus sonst nicht unterzubringenden Gewinnen, teils mit Geldern der Sparer, die ihnen die Banken zur Verfügung stellten, weit über den vorhandenen Bedarf hinaus vergrößert. Auf diese Weise haben sie sich riesige Sachwerte erworben, sind aber auch ihre Anlagen so groß geworden, daß ihnen jetzt für deren Ausnutzung sowohl Betriebskapital wie Absatz fehlt. Anstatt diese übergroßen Anlagen als Verlust anzusehen, sucht man sie heute aus der absehbaren Produktion zu verzinsen und fordert Preise, die zur Vernichtung der deutschen Kaufkraft und zur Exportunfähigkeit der verarbeitenden Industrie führen müssen. Die gegenwärtige Höhe der Zinsen ist deshalb nichts anderes als die Reaktion der Wirtschaft gegen die ungesunde Ueberspannung ihrer Produktionsgrundlage, die nur durch die Hinnahme auf die Dauer unvermeidbarer Verluste, möglichsste Beschränkung auf das Eigenkapital und Beschleunigung des Preisabbaus gemildert werden kann.

Wirtschaftsbeamte und Hoheitsbeamte.

I.

Wenn man die Frage des künftigen Beamtenrechtes und seines Verhältnisses zum übrigen Arbeitsrechte richtig beurteilen will, muß man stets eingedenk sein, daß unter dem Sammelnamen „Beamte“ Gruppen von ganz verschiedenen sozialen Bedingungen zusammengefaßt sind; Gruppen, die unter sich viel stärker verschieden sind als im Verhältnis zu benachbarten Gruppen „privater“ Arbeiter und Angestellter.

Der ursprüngliche Kreis der Verwaltungsbeamten hat allmählich eine außerordentliche Erweiterung erfahren dadurch, daß Reich, Land und Gemeinde neue Aufgaben übernommen, ihre Tätigkeit vom Politischen auf das rein Wirtschaftliche ausgedehnt haben und vielfach in unmittelbarem Wettbewerb mit privaten Unternehmungen getreten sind. Gewiß gibt es keine feste Grenze für die dem Staat oder der Gemeinde obliegende Tätigkeit. Gewiß wird die Gemeinschaft um so mehr Aufgaben übernehmen, je mehr sie sich dem Ideale des sozialen Volksstaates nähert; sollte doch nach dem Zukunftsbilde des sozialistischen Staates dieser einziger Unternehmer sein, in dessen Dienst alle Volksgenossen in einer Art beamtenmäßiger Stellung beschäftigt würden. Gewiß bedeutet die Uebernahme mancher Wirtschaftsaufgaben durch Gemeinden oder Länder nur die Rückkehr zum Vorbilde der mittelalterlichen Stadt, die in hohem Maße die Wirtschaft der Bürger beeinflusste und selbst Wirtschaft trieb. Aber man vergesse nicht, daß die mittelalterliche Stadt das Personal dazu sich in einer Rechtsform beschaffte, die sich grundförmlich gar nicht von dem Dienstvertrage unterschied, durch den der private Kaufmann oder Handwerker sein Personal sich verband. Und man übersehe nicht, daß beim Nebeneinander von privaten und öffentlichen Betrieben gleicher Art sich Beziehungen und Rückwirkungen ergeben, die um so stärker werden müssen, je mehr das Selbstgefühl der Arbeitnehmer erwacht, je mehr sie berufen sind in der Lage sind, selbst Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen und auf die Betriebsführung auszuüben. Das aber ist in Deutschland heute in stärkstem Maße der Fall, weil der Staat auf die freie Selbstbestimmung des Volkes gegründet ist und damit den Arbeitnehmern als der überwiegenden Mehrheit die Entscheidung in die Hand gibt, und weil diese ihre Macht vor allem dazu benutzen wollen, ihr Arbeitsverhältnis als ihr wichtigstes Lebensverhältnis auch auf demokratischer und sozialer Grundlage zu regeln.

Die Verwischung der Gedankenlinie zwischen öffentlichem und privatem Dienste wird verstärkt dadurch, daß Reich, Land und Gemeinde ihre Arbeitnehmer nicht einheitlich zu den Bedingungen des „Berufsbeamtenentums“ anstellen, sondern daß neben den Vollbeamten auch andere milderer Rechtes, kündbar oder ohne Versorgungsanspruch, und neben diesen noch Arbeiter und Angestellte auf sogenannten Privatdienstverträgen beschäftigt werden. Auch bei den Anstellungsbedingungen finden sich größte Verschiedenheiten innerhalb der Beamtenchaft, findet sich Gleichheit zwischen öffentlichen und privaten Angestellten.

Nun verlangt Artikel 157 der Reichsverfassung ein einziges soziales Arbeitsrecht zum besonderen Schutze der Arbeitskraft, die in fremdem Dienste betätigt wird. Und nun soll dieses Recht nicht einheitlich werden, nicht einheitlich die Gesamtheit derer umfassen, die im fremden Dienste arbeiten, sondern es sollen Unterschiede gemacht werden? Aber Unterschiede nicht nach der Art der Tätigkeit, nicht nach der Art der Anstellungsbedingungen, sondern nur nach dem äußeren Umstande, ob dem Arbeitnehmer vom Reiche, von einem Lande oder einem Gemeindeverbande die „Beamteneigenschaft“ verliehen worden ist? Das muß zu Folgerungen führen, die ebenso unlogisch wie unerwünscht erscheinen. Einige Beispiele:

Das Reichsgesetz schreibt gewisse Anstellungsbedingungen zwingend als Mindestbedingungen vor. Es will im Interesse der Gesamtheit verhindern, daß irgendein Bürger durch Uebermacht des ihn beschäftigenden Arbeitgebers in schlechtere Bedingungen gedrückt wird. Es verbietet, daß irgendein Bürger unter ungünstigeren Bedingungen für andere arbeitet, als die Vorschrift erlaubt. Alle schlechteren Vereinbarungen sind nichtig, ungültig; es kann und darf nichts vereinbart werden, was zum Nachteile des Arbeitnehmers vom Gesetze abweicht. Diese Regeln gelten für alle Arbeitnehmer, auch die in öffentlichen Betrieben. Aber wenn Staat oder Gemeinde dem Arbeitnehmer Beamteneigenschaft verleihen, kann sollen sie damit die Geltung des sozialen Schutzes ausschließen können?

Das Gesetz schreibt etwa Mindestkündigungsfristen vor. Sie gelten für alle Arbeitnehmer bestimmter Art, ohne Rücksicht darauf, ob die Beschäftigung in öffentlichem oder privatem Betriebe erfolgt. Nur mit dem auf Kündigung angenommenen Beamten sollen Staat und Gemeinde andere, dem Beamten ungünstigere Kündigungsbedingungen vereinbaren können?

Das Gesetz legt etwa dem Arbeitgeber gewisse Fürsorgepflichten auf, namentlich in Krankheitsfällen. Diese Pflichten obliegen auch Staat und Gemeinde. Aber nur gegenüber den auf Dienstvertrag angestellten, nicht den mit Beamteneigenschaft versehenen Arbeitnehmern?

Wahrlich steht es mit dem Betriebschutz, Urlaubsanspruch, Abgangvergütung, Einspruchsrecht gegen Kündigung und hundert anderen Dingen. Soll der Staat in der rechtlichen Lage bleiben, durch Abnahme eines Dienstes seine Angestellten der Geltung des sozialen Gesetzes zu entziehen?

Man wende nicht ein, daß der Fall nicht praktisch würde. Bis her ist er tausendfach praktisch gewesen. Reich, Staat und Gemeinde haben zahllose Bürger beschäftigt zu Bedingungen, die einem privaten Unternehmer gesetzlich verboten waren. Der Staat hat sich als Arbeitgeber nicht getümmelt um das, was er als Gesetzgeber anderen vorgeschrieben. Er ist unfögaler gewesen, als Gewerksunternehmern sein durften. Und kein Gericht hat noch entschieden, daß solches Verhalten gegen gute Sitte verstieße. Haben wir künftig die Gewißheit, daß unsere Gerichte den Satz durchführen: ein gemeinnütziges Unternehmen darf nicht unanständiger sein, als einem Gewerksunternehmer erlaubt ist? Wenn ja, dann gelten die Vorschriften des Arbeitsrechtes ja auf einem Umwege für die Beamten; und es ist viel richtiger, man wendet sie gleich unmittelbar an. Wenn nein, dann ist es allerhöchste Zeit, daß die Geltung sozialen Arbeitsrechtes auch für alle öffentlichen Angestellten durchgeführt wird.

Das Arbeitsrecht ist auf kollektive Grundlage gestellt. Nicht der einzelne Angestellte vereinbart seine Bedingungen, sondern er ist gebunden an das, was sein Berufsverband, seine Gewerkschaft im Tarifvertrage ausgemacht hat. Der Tarifvertrag gilt für alle Arbeitsverhältnisse der geregelten Art; er kann für allgemeinerbindlich erklärt werden, so daß es nicht mehr darauf ankommt, ob der Arbeitgeber an dem Vertrage beteiligt ist oder beteiligt sein will. Der Tarifvertrag gilt auch für öffentliche Betriebe. Und nun soll der Staat wieder die Möglichkeit haben, durch Abnahme eines Dienstes einen Teil seiner Angestellten der Geltung zu entziehen, sie weiter zu Bedingungen zu beschäftigen, die nach der Kollektivvereinbarung nicht zulässig sind?

Und die Beamtenverbände sollen nicht das Recht haben, irgendwelche Anstellungs- oder Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder, die nicht im Gesetze festgelegt sind, kollektiv in einer Weise mit den Behörden zu vereinbaren, daß sie für alle betroffenen Beamten bindend sind und nicht durch Vereinbarung mit dem einzelnen weggedungen werden können? — Man komme nicht mit dem Budgetrecht und ähnlichen Einwänden, die praktisch längst widerlegt sind. Denn praktisch ist es doch längst so, daß sogar die gesetzlich festgelegten Gehaltsbezüge von der Regierung mit den Gewerkschaften vereinbart werden und die gesetzgebenden Körper-

schaften nur Ja und Amen dazu sagen. Was sich so aus praktischer Notwendigkeit ergeben hat, sollte auch vom Rechte offen anerkannt werden. Es wäre falsch, wenn man die Beamten grundsätzlich von dem neuen Rechte des Tarifvertrages ausschließen wollte.

In Erweiterung und Umbildung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sollen Arbeitsgerichte geschaffen werden, in denen gewählte Vertreter der Parteien unter unparteilichem Vorstände selbst über alle Streitigkeiten aus einem Arbeitsverhältnisse entscheiden sollen. Damit kommt nicht nur die Anwendung, sondern auch die Fortbildung des Rechtes in die Hände der Beteiligten; ein außerordentlich wichtiges Stück Demokratie. Und von ihm will man die Beamten ausschließen, während man die Privatangestellten in öffentlichen Diensten nicht ausschließen kann? Wenn der Steiger einer staatlichen Grube oder ein städtischer Müllkutscher vor dem Arbeitsgerichte wegen unberechtigter Kündigung klagt, soll er abgewiesen werden, weil er ein „Beamter auf Kündigung“ sei und deswegen sich nicht vor dem Gerichte gegen unberechtigte Kündigung wehren könne? Man wird nicht die Gesamtheit der Beamten von der Verfolgung ihrer Rechtsansprüche vor den Arbeitsgerichten ausschließen können.

Durch Reichsgesetz werden Einigungsämter eingerichtet zur Vermittlung und Beilegung von Gesamtschlichtungen. Wenn solches Amt einen Schiedsspruch fällt für ein öffentliches Verkehrsunternehmen, soll er dann nur für diejenigen Angestellten gelten, die keine Beamteneigenschaft haben? Wenn es sich um eine Aussperrung handelt, soll das Amt den Arbeitgeber nicht zwingen können, auch die auf Kündigung angestellten und „ordnungsmäßig“ entlassenen Beamten wieder einzustellen? Wie denkt man sich das Ergebnis bei Gesamtschlichtungen, an denen öffentliche und private Betriebe gleicher Art beteiligt sind? Sind Schiedsprüche im Bergbau nur verbindlich für alle Arbeitnehmer privater Gruben und nur für die ohne Beamteneigenschaft staatlicher Gruben?

Warum brauchen wir Gewerkschaften?

Aus der in unserem Verband überlieferten erschienenen gleichnamigen Broschüre unseres Kollegen Oskar Kurpat.

Wer einmal unter den Arbeitskollegen seines Betriebes die Frage aufwerfen würde: „Warum brauchen wir Gewerkschaften?“, dem würde in den meisten Fällen dem Sinne nach etwa folgendes zur Antwort: „Wir brauchen Gewerkschaften zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen!“ Das wäre nun eigentlich an unserer Frage vorbei geantwortet, denn wir könnten auch jetzt noch wiederholen: „Ja, aber warum brauchen wir gerade Gewerkschaften zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ Es wäre doch schließlich auch denkbar, daß jeder einzelne von sich aus die Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen vermöge.

Allerlei über Land und Leute in Amerika.

Die nachstehende Schilderung entnehmen wir einem Briefe, den ein im Mai 1923 nach Amerika ausgewandertes alter Genosse aus Berlin Mexiko hierher gelangen ließ. D. R.

Das Gebiet, von welchem ich schreibe, mit keinem Städtchen Little Falls und seiner nächsten Nachbarorte liegt, wenn man es auf der Karte sucht, im Staate New York, zirka 75 englische Meilen (1 englische Meile ungefähr 1 1/2 Kilometer) nordwestlich von Albany, entfernt. Albany ist die Hauptstadt vom Staate New York. Von den größeren Städten Utica und Syracuse liegt Little Falls südöstlich. Utica und Syracuse sind größere Städte mit mehreren hunderttausend Einwohnern. Die Gegend ist dicht bevölkert und industriereich. Die Stadt Little Falls liegt im Mohawktal, am Mohawktreiber (River = Fluß) und dem Cortich-Kanal. Die Quelle des Mohawktreiber liegt zirka 60 Kilometer entfernt, doch ist dieser nicht schiffbar. Der Cortich-Kanal dagegen ist schiffbar und wird zum Teil vom Mohawktreiber gespeist. Der Cortich-Kanal kommt nördlich vom Oneida-See, nicht weit von Utica, und verbindet diesen See mit dem Hudsonriver, welcher in den Atlantischen Ozean fließt.

Die Farmer der hiesigen Gegend treiben in der Hauptsache nur Weidewirtschaft zum Zwecke der Fleisch- und Milchzuegung. Einen größeren Wald gibt es in der Nähe von Little Falls nicht. Nur die Abhänge sind mit Bäumen bewachsen, hauptsächlich Laubbözer (Buchen, Eichen, Eschen, Ahorn). Auch Äpfel, Birnen und Kirschen kommen wild vor. Auf der Grasfläche sind von den Blumen und Gräsern erwähnenswert viele Sorten Lilien, Kistern, Goldregen, Rosen, Dahlien, Chrysanthemum und auch Rittersporn. Viele Blumen, welche in Deutschland im Garten gezogen werden, findet man hier wild.

Einen Einblick in einen größeren Wald (Urwald) hatten wir an einem Sonntag im Herbst, und zwar gelegentlich einer Autofahrt nach Boeren, zirka 30 Kilometer nördlich über Dolgeville. Die

Chaussee führt mitten durch. Andere Wege (Gestellwege) wie im deutschen Walde gibt es hier nicht. Es war ein Mißgeschick von Laub- und Nadelbögern. Die Laubbözer waren dieselben Arten wie bei unseren Abhängen. Von den Nadelbögern waren vorwiegend Föhren, Edel-tannen und Fichta. Insbesondere bei den Nadelbögern rangten wilder Hopfen und andere Schlingpflanzen manchmal bis zur Krone hinauf. Sie bringen die Bäume oftmals zum Absterben. Als Unterholz findet man Johannisbeer-, Stachelbeer- und Brombeersträucher, und diese hinderten uns oft, um weiter zu kommen. Hatte man sich durch die abgestorbenen Sträucher hindurchgezwängt, so versperrten uns umgefallene Bäume sowie Felsblöcke (Firnblöcke) den Weg. Desgleichen gab es auch riesige Farnen; aber weitere Gräser gab es Folge Lichtmangels nicht. Hier wächst auch eine Fülle von Blumen übermannshoch dazwischen. Eine Art Trompetenblume fand ich gleichfalls hier. Eine ähnliche Art züchtete unser Gärtner Schlichter (Berlin-Brick), nur diese hier waren viel schöner. Unzählige farbenprächtige Schmetterlinge konnte man beobachten, wie sie den Blumen ihren Besuch abstatteten. Auf dem Goldregen sah ich einen Kolibri herumflattern. Im ersten Moment glaube ich, es sei ein Schmetterling, bis mich meine Frau über den Irrtum aufklärte. Von den im Walde vorkommenden Tieren hatten wir keins zu sehen bekommen, außer einigen Eichhörnchen, welche etwas kleiner sind als in Deutschland. Es sollen aber in diesem Walde der schwarze Bär, Wildschweine, Hirsche, Rehe und anderes Wild vorkommen. Der Wald erstreckt sich bis Kanada hinauf. Er wird nur von einigen Chaussees durchbrochen. Nach einer größeren Entfernung kommt auch wieder mal eine Ortschaft. In den Flüssen und Bächen findet man noch den Biber. Häufig ist auch hier der Stunks (Stinkfische). Auch gibt es hier im Flusse Schilddrüsen. Von den Schlangengattungen kommt hier die giftige Klapperschlange vor.

Die Stadt Little Falls hat 14 000 Einwohner und 15 Kirchen. Eine öffentliche Bibliothek ist vorhanden, reichhaltig und komfortabel eingerichtet. Im Winter sind die Räume geheizt und jeden Tag bis abends 10 Uhr unentgeltlich geöffnet. Man findet Bücher in

Ein Wesenszug menschlicher Eigenart und Bedeutung ist das Geiste des Menschen. Während das Tier dahnvegetiert, lebt der Mensch denkend seine Geschichte. Wir Menschen schleppen gewissermaßen eine Fülle aufgelisteter Erfahrungen und gesammelter Erkenntnisse durch die Generationen hindurch. Da hat einmal viele Jahrtausende vor uns ein Mensch das Feuer entdeckt. Fort und fort hat sich diese Entdeckung vererbt, so daß wir uns um diese Frage nicht mehr abzumühen brauchen. Zu irgendeiner Zeit kamen unsere Vorfahren auf den Gedanken, irdenes Geschirr herzustellen, wir haben die Kenntnis davon ererbt. Ehemals erfand einer die Dampfmaschine. Wir benutzen sie. Einer erfand die Konstruktion des Wagens, ein anderer das Schiff, ein dritter den Motor, ein vierter kam hinter die Geheimnisse des Fliegens usw. Wieder einer machte die Elektrizität uns dienstbar. Einer erfand die Buchdruckerkunst. Das alles und noch viel, viel mehr ist uns überliefert, so daß wir uns darum nicht abzumühen brauchen.

Der denkende Mensch verfeinert und erhöht seine Fähigkeiten und, wo ihm solche fehlen, hat er sie schon vielfach künstlich ersetzt. Wo die Füße nicht schnell genug tragen, da hilft sich der Mensch mit Schlittschuhen, Schneeschuhen, dem Fahrrad, dem Auto, der Eisenbahn. Wo das Wasser dem Menschen Grenzen setzt, da hat sich der Mensch das Boot, den Dampfer geschaffen. Im Flugzeug und im lenkbaren Luftschiff fliegt der Mensch nach bestimmten Zielen. Das Fernrohr bringt uns nahe, was das Auge nicht mehr erspäht. Mit dem Mikroskop wird uns sichtbar, was dem bloßen Auge entgeht. Mit Hilfe des Hebels ist der Mensch in der Lage, seine eigene Muskelkraft um ein erhebliches zu steigern. Mit der Steinschleuder erschlug nach der bekannten Geschichte David den Riesen Goliath. Am Flachsenzug kann ein Kind zenterschwere Lasten heben. Mit Telephon, Telegraph oder Radiosfunk verständigt sich der Mensch über ungeahnte Fernen.

Was ist diesem Menschen noch der maschinenstarke Elefant? Das stinke Pferd spannt er vor seinen Wagen. Den Wal bezwingt der Seemann und der Kar entgeht nicht dem Gewehr des Jägers. Der kräftige Löwe und der listige Tiger, sie alle bezwingt der geistige, vernetzte Mensch.

Das Zusammenleben der Menschen, die Beziehungen von Mensch zu Mensch werden durch das Geistige des Menschen wesentlich bestimmt. Der Mensch bewegt sich ja in zwei großen Räumen. Einmal in der Natur, und dann aber in der menschlichen Gesellschaft. Wir Menschen leben miteinander in einem gesellschaftlichen Verbundensein. Der einzelne ist ohne die Gesellschaft gar nicht denkbar. „Vielles kann der Mensch entbehren, nur den Menschen nicht“, schrieb der 1837 verstorbene Ludwig Börne. Er sagte damit, was eigentlich schon lange vor unserer Zeitrechnung Aristoteles ausgesprochen hatte: „Der Mensch ist ein zoon politikon.“ Der Mensch ist ein Gesellschaftstier. Unser ganzes Menschsein ist begründet im gesell-

schaftlichen Verbundensein der Menschen. Zu allen Zeiten im Verlauf der Geschichte treffen wir den Menschen in Menschenseverbänden lebend an. Familie, Sippe, Horde, Clan, Markgenossenschaft, Stadt, Staat, Staatenbund, Nation, das sind die immer größer gewordenen Gemeinschaftsverbände. Auch der Arbeitsbetrieb, das Unternehmen ist solch ein wachsender gesellschaftlicher Verband.

Hilftlos und unbeholfen tritt der Mensch in dieses Leben. Mitten in ein geschäftiges Treiben wird er geboren. Großeltern und Eltern beherrschen und ordnen vor ihm das sich verändernde Dasein. Eine ganz bestimmte Regelung der gegenseitigen Beziehungen findet der Mensch bei seiner Geburt schon vor.

Gewissermaßen in einen ewig unvollendeten Gesellschaftsbau hinein wird das junge Menschenkind geboren. Schon in seiner Erbanlage bringt dies neue Leben Eigenschaften und Fähigkeiten seiner Urgroßeltern, Großeltern und Eltern mit. Ganz hilflos ist das Kind, das nun erst wachsen und viel lernen muß. Wie vieler Pflege und wachsender Erziehung bedarf es bis zur Reife, bis zur Fähigkeit, sich in dem komplizierten Getriebe „Menschliches Leben“ zurechtzufinden. Eltern, Geschwister, Verwandte, Bekannte und Lehrer wirken auf das Kind ein. Langsam orientiert es sich, mehr und mehr findet es sich in der feinsinnigen Kultur zurecht. Dabei muß es in der kurzen Zeit der Kindheit fast die gesamten Resultate des Lebens der Menschheit kennen lernen. Jahrelang geht das Kind zur Schule. Mit dem Märchenbuch beginnt und mit dem Lehrbuch endet dies Leben. Langsam, aber stetig reift der gesunde Mensch heran. Das Selbstbewußtsein erwacht. Führung und Leitung werden lästig. Es kommt der Tag, von dem ab der junge Mensch selbständig sein Leben meistern will. Da weiß er gar bald manches besser als die „Ältern“. Mit jugendlichem Eifer, mit himmelstürmender Begeisterung stürzt sich die Jugend in das vermeintlich „freie“ Leben. Jugend ist kritisch, und Jugend urteilt schnell. Gar bald erkennt der junge Mensch das Unvollendete, das Unfertige am Bau unseres Gesellschaftslebens. Da ist alles so eng. Großzügige Pläne reifen im jungen Hirn. Kühn und voller Latendrang geht Jugend ans Werk der Umordnung. In diesem Sinne ist Jugend immer revolutionär.

Aber, o wehl! Bald muß der gereifte Mensch die Schwäche des einzelnen erkennen. Gesellschaftliches Gestalten ist nicht das Werk einzelner. Wie gering ist der Einfluß eines Menschen auf die Ordnung der Beziehungen innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Das ist ja die große, wichtige Erkenntnis. Hier vermag der einzelne nichts. Nur in Verbänden, nur in Gemeinschaften können sich solch umbildende Kräfte auswirken. Die Organisation, die Zusammenballung gleichgerichteter einzelner schafft den wirkungsvollen Verband in der Gesellschaft. Geschichte wirkende Kräfte finden nur in Gemeinschaften ihren Ausdruck. Uremig ist dieser Kampf in der menschlichen Gesellschaft. Es ist, als wenn zu allen Zeiten die Jugend mit dem Älter im Kampfe stehe, wobei zu beachten ist, daß es sehr alte Jugendliche

allen Kultursprachen. Die Bibliothek ist das einzige Bildungsinstitut. Sonstige Einrichtungen oder Vereine, welche bildend wirken, sind nicht vorhanden. Weiter findet man am Orte drei Lichtbildtheater, und damit wäre auch alles erköpft, was hier an Geheimwürdigkeiten geboten wird.

Von einer politischen Organisation ist nichts zu spüren. Gewerkschaftliche Organisationen sind in Gestalt der Unions vorhanden, aber diese kommen nur für Spezialarbeiter in Frage. Ein Arbeiter, welcher solche Arbeiten nicht ausübt, darf nicht, obgleich er wollte, Mitglied der Union werden. Er wird gar nicht aufgenommen. Ich habe aber, solange ich hier bin, nicht das geringste Lebenszeichen von diesen Unions gespürt, geschweige denn von einer Tätigkeit zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Ein deutschsprechendes Mitglied der Union habe ich gefragt, ob es hier Sozialisten gibt und was diese eigentlich wollen. Ich erhielt folgende Auskunft: Es gäbe hier einige und diese sind in den Unions. In der Fabrik, wo ich arbeite, stellte ich an Arbeiter ähnliche Fragen. Der eine sagte mir, er sei schon in den 60er Jahren, er habe vor 14 Tagen das erste Mal in seinem Leben das Wort Sozialist gehört, und zwar in der Kirche. Der Pfarrer erzählte den Leuten, die Sozialisten in Deutschland wollten die Religion abschaffen. Ich sagte dem Arbeiter, er solle dem Pfarrer sagen: „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deiner Nächsten.“ Ich habe nicht nur verlassene Arbeiter am Orte, sondern auch in den Nachbarorten ausgefragt, aber auch hier konnte ich kein Lebenszeichen einer politischen Organisation feststellen.

Die primitive Gewerkschaftsorganisation hat meiner Meinung nach nicht den geringsten Einfluß auf Hebung der sozialen Lage ausgeübt. Wenn diese trotz dem relativ günstig ist, so ist die Ursache nicht etwa in dem humaneren Sinn der amerikanischen Kapitalisten zu suchen, sondern es steht hier die große industrielle Reservearmee, wie wir sie in England oder Deutschland kennen. Hier ist es nichts Seltenes, daß 70-, ja 80jährige Arbeiter noch in den Fabriken beschäftigt werden, und zwar bekommen sie

den gleichen Lohn wie jüngere Arbeiter. Es trifft auch nicht zu, daß sie nur infolge ihrer langjährigen Tätigkeit in einem Betriebe noch beschäftigt werden; sie wechseln wie jüngere Arbeiter die Arbeitsstellen und finden in anderen Betrieben wieder Arbeit. In Deutschland wäre es vollständig ausgeschlossen, daß diese Leute noch Beschäftigung fänden. In Deutschland hört man viel von amerikanischen Tarifsystemen. Man glaubt, daß hier ein ausgeklügeltes Ausbeutungssystem vorhanden ist. Die hiesigen Kapitalisten sind gegenüber den Deutschen die reinen Waisenkinder in der Ausbeutung der Arbeiter. Meiner Meinung nach ist das Tarifsystem mehr Theorie als Praxis. Die amerikanischen Kapitalisten sind aber daran, dem „Uebel“ abzuhelfen, indem sie durch Förderung der Einwanderung sich eine Reservearmee von Arbeitern zu schaffen suchen.

Am Anschluß hieran möchte ich noch eine Wahlperiode mitteilen. Im Herbst fand hier eine Wahl für den Bürgermeister (Major) statt, oder von einem Wahlkampf habe ich nichts bemerkt. Es war abends 9 Uhr. Da sah ich einen Fackelzug, voran eine Musikbande und dem Zuge anschließend eine Anzahl Autos. Der Zug blieb an jeder Straßenecke stehen, einige Worte wurden gesprochen und Hochs auf den Neugewählten ausgebracht. Am nächsten Tage habe ich mich über die bei der Wahl beteiligten Parteien, sowie über das Resultat der abgegebenen Stimmen erkundigt. Es kamen nur zwei Parteien in Frage, und zwar Demokraten und Republikaner. Insgesamt waren über 500 Stimmen abgegeben. Daraus ist zu schließen, daß die Wahlbeteiligung sehr schwach war und die Wähler-schaft politisch sehr indifferent ist.

Die Presse ist bekanntlich ein Barometer für die politische Lage eines Volkes. Hier erscheint „The Evening Times“ täglich, sechs bis acht Seiten stark. Das Blättchen ist zugleich Kopfblatt auch für die benachbarten Ortschaften. Der lokale Teil ist dem Orte entsprechend zugestuft. Ich will hier nur zwei Kostproben anführen. In Berlin hatte ein Freund von mir eine Geburtstagsfeier und das Blättchen brachte einen Bericht darüber. In dem Bericht war angegeben, wieviele Gäste anwesend waren und auch wieviel vor

stets gegeben hat. Alle das Gesellschaftsleben erhaltenden Kräfte entspringen solchen Kämpfen. Das Leben braucht diese Reibungen zu seinem Fortbestande wie der Körper das sich erneuernde Blut. Der Kieler Prof. Dr. Lönies schrieb im „Staatsbürger“:

„Es ist eine durch Natur und Menschengeschichte hindurchgehende Erscheinung, daß in aller Entwicklung eine beharrliche, stehende Tendenz mit einer verändernden, ablenkenden im Kampfe steht und daß die Entwicklung eine unendliche Komplikation beider sich widerstrebender Tendenzen ist.“

Karl Marx sieht diese Gegenätze in der Gesellschaft als Klassenkämpfe. Er sagt in seinem „Kommunistischen Manifest“:

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Junksbürger und Gesell — kurz Unterdrückter und Unterdrückter — feinden in stetem Gegenatz zueinander, führten einen ununterbrochenen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete, oder zum gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen führte.“

Das ist unsere wichtige Erkenntnis: Gesellschaftliches Werden wächst und bildet sich aus dem Ringen gesellschaftlicher Kräfte. Der Motor unserer Geschichte ist das fortgesetzte Ausstragen solcher Gegenätze. Der einzelne vermag dabei nichts, es sei denn, er ordne sich als Glied in die größere Gemeinschaft.

So wissen wir nun, warum wir die Gewerkschaften brauchen. Unser heutiges Wirtschaftssystem ist charakterisiert durch die Anhäufung der Produktionsmittel in der Hand weniger Unternehmer und die Verarmung der schaffenden Kräfte. Diese widerspruchsvolle Art des Lebens, die dazu noch beherrscht wird von einer nie gekannten Sucht persönlicher Bereicherung, ist der Ueberwindung wert. Die Entwicklungstheorie sagt uns, daß nichts im Leben Bestand hat. „Alles fließt“, alles ist in fortgesetzter Umwandlung. Wir entnehmen aus dieser wissenschaftlichen Erkenntnis die Gewißheit von der Möglichkeit der Ueberwindung dieser mit „Kapitalismus“ bezeichneten Zeit. Um an dieser Ueberwindung zu arbeiten, um sie in einer ganz besonderen Richtung herbeizuführen, sind Kräfte am Werke, die ihren stärksten Ausdruck finden in den freien Gewerkschaften. Die in diesen erhaltenen Kräfte sind unbezwingbar, sofern sich alle Unterdrückten und Ausgebeuteten ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben klar sind. Aktivität, verantwortungsvolles Teilnehmen, Mitun aller ist Voraussetzung. Die Gewerkschaften entsalten nach außen hin immer nur die Kräfte, die auch tatsächlich in ihnen lebendig sind. Werde jeder ein tatbereites, verantwortungsvolles Mitglied der Gewerkschaft. Es ist nur zu erklärlich, daß dieses gigantische Menschheitsringen nicht ohne Rückschläge verläuft. Niederlagen sind unentbehrliche Lehrmeister in solchen gewaltigen Kämpfen. Wir sollten es in dieser Beziehung mit Richard Dehmel halten, der einmal schrieb: „Siege oder Niederlagen, immer gilt es neu zu wagen.“ Die verheißungsvolle Zukunft ist solch unbeirrbarer Wagnisses sicherlich wert.

Little Falls usw. Ferner konnte man in einer Nummer von Little Falls lesen, daß die Hochzeit eines deutschen Paars stattgefunden, daß die Braut Krone und Schleier, ein weißes Kleid und weiße Schuhe trug u. a. m. In dieser Weise sorgt die Presse in einem demokratischen Lande für Aufklärung und es dürfte kaum einen Haushalt geben, in dem sie nicht anzutreffen ist.

Um in künstlerischer Beziehung auf die Einwohner von Little Falls einzuwirken, werden in den Sommermonaten, einmal in der Woche des Abends Konzerte im Stadtpark gegeben. Die zirkel 30 Mann starke Bande (spr. benda) spielt hauptsächlich deutsche, schottische irische und andere Weisen. Als neuen Schlager hörte ich: „Freu dich Fröhchen, morgen gibts Selleriesalat.“ In einem Potpourri kam auch vor: „O Lannenbaum“ usw. Damit neben der weltlichen auch die geistliche Musik zu ihrem Rechte kommt, wurde gespielt „Herbes o ihr Gläubigen“ usw. Eine Uebersetzung hörte ich nicht, die lag wohl über dem Verständnis der Hörer. Wenn bei extremen Russifizierung der Pautenschläger des öfteren tsching, tsching, bum, bum zu schlagen hatte, so drehte sich der Rhythmus mit seinem Vollmondgesicht jedesmal zum Publikum lachend um, als ob er sagen wollte, habe ich meine Sache nicht gut gemacht? Am Schluß eines jeden Stückes heuzten dann die am Parkrande befindlichen Autos mit ihren Hüpen Besatz und die Menge unterstützte diesen durch handclatschen. Am Schluß des Konzerts wurde immer die Nationalhymne gespielt, welche stehend und mit entlöstem Kopfe angehört wurde.

Nun will ich auch einiges über das Frauenrecht berichten. Das gleiche Recht der Frau kommt schon in der Verfassung des Landes zum Ausdruck. So kann z. B. der Mann ohne Zustimmung der Frau oder auch umgekehrt, nicht eine Sache verkaufen, welche unter Umständen die Existenz des einen oder des anderen Teiles bedroht. Frauen in Begleitung von Männern wird man nicht sehen den Kinderwagen schieben. Diese Arbeit verrichten stets die Männer. Die Frau übt die Tätigkeit aus aus, wenn der Mann zur Arbeit oder sonst abwesend ist. Bei meiner Einreise in New-York ist mir dieses schon aufgefallen. Die Mädchen tragen meist bis

Die praktischen Resultate der Arbeit des vereinigten allrussischen Gemeindegewerkschaftenverbandes.

In nachfolgendem Artikel des Kollegen Karischew wird der innere Aufbau unserer russischen Bruderorganisation geschildert. Es ergibt sich daraus, daß das Prinzip der Betriebsorganisation (Industrieverband), das wir bereits seit der Gründung unseres Verbandes befolgten, auch in Rußland allmählich Fortschritte macht. Leider fehlen dort noch (nach der Auffassung) unsere Kollegen, die im Gesundheitswesen tätig sind. D. Red.

Nachdem die russischen Gemeindegewerkschaften die Erfahrungen der Niederlage der russischen Revolution im Jahre 1905 sowie die völlige Zerstörung ihrer Organisationen und die Repressionsmaßnahmen seitens der Reaktion überlebt hatten, machten sie sich von den ersten Tagen der Februar-Revolution im Jahre 1917 an daran, ihre Verbände nach Betrieben zu organisieren.

In Anbetracht der ungeheuren Verschiedenheit der Arbeitsbedingungen mußte vor allem festgestellt werden, was unter dem Prinzip der Betriebsorganisation der Gemeindegewerkschaft zu verstehen ist (für die anderen Fächer ist das vollkommen klar). Nach eingehender Beleuchtung der Frage und nach praktischer Prüfung der Resultate kam man zu dem einmütigen Schluß, daß die Vereinigung der Gemeindegewerkschaften auf der Gleichheit der Grundbedingungen der Arbeit basieren muß, d. h. Leistung gemeinnütziger Dienste für die Einwohnerschaft (öffentliche Dienste).

Diese Basis hat natürlich seitens einzelner Innungsorganisationen — Friseur, Feuerwehr usw. — Widersprüche hervorgerufen. Jedoch hat die Wirklichkeit bewiesen, daß sie Unrecht hatten und hat sie gezwungen, sich dem Gemeindegewerkschaftenverbande anzuschließen. Praktisch erfolgte dieser Anschluß unter folgenden Umständen: Im Jahre 1917 mußten die Gemeindegewerkschaften einen schweren Kampf mit den Gemeindebehörden für die Besserung ihrer materiellen Lage führen. Der Sieg konnte nur durch eine gemeinsame Aktion der Arbeiter aller Betriebe und Anstalten errungen werden. Lokalkaktionen waren beinahe immer erfolglos, da eine ganze Reihe von Betrieben, dem Charakter ihrer Tätigkeit nach, nicht streiken konnten, und bei einer Zugehörigkeit zu verschiedenen Verbänden endlose Verhandlungen um Unterstützung nötig gewesen wären, was, wie bekannt, nicht immer gute Resultate ergibt und den Kampf unterbricht. Infolgedessen zwangen die rein wirtschaftlichen Bedingungen alle, sich in einem Verbande zu organisieren, praktisch aber gab das die Möglichkeit, die Bourgeoisie zu besiegen. Nehmen wir ein Beispiel: In den Wasserwerken oder in der Feuerwehr mußten die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Der Verband stellte die entsprechenden Forderungen, die von der Stadtverwaltung abgelehnt wurden. Der Verband drohte mit dem Streik im Falle einer ablehnenden Antwort. Da die Stadtverwaltung von der Unmöglich-

keit der Verheiratung kurze Haar bis zum Nacken. Dieser wird rasiert (sog. Klustopf). Desgleichen spielt bei ihnen der Puder und Farbtöne eine große Rolle.

Betrachten wir die Statistik über die Auswanderung aus den europäischen Ländern, so finden wir, daß die Länder die höchste Frequenz aufweisen, welche in sozialer Beziehung am rückständigsten und meist Analphabeten sind. (Rußland, Polen, Rumänien, Galizien, Ungarn und Asien). Dumtheit, Bosheit, Heuchelei und Unsolidarität sind die Folgeerscheinungen dieses Zustandes. Eine Partei, welche die Volksaufklärung und Bildung so ins Volk getragen hat wie in Deutschland die Sozialdemokratie, gibt es hier nicht. Daher wird auch wohl in absehbarer Zeit an eine Hebung dieser Masse zu einer höheren Kultur nicht zu denken sein. Ich glaube zu der Annahme berechtigt zu sein, daß diese geistigen Eigenarten sich nicht allein auf die Einwohner von Little Falls und Umgebung beziehen dürften, sondern auf ganz Amerika anzuwenden sind. Denn der Einwandererstrom aus den europäischen Ländern verteilt sich im Durchschnitt gleich.

Die jüngere Generation, welche die amerikanische Schule besucht hat, kann wohl einigermaßen rechnen, schreiben und lesen. Sie lernt schließlich gut die amerikanische Geschichte, aber eine Vorstellung von einem Weltbild im Sinne moderner Naturauffassung hat sie nicht. Die amerikanische Schule legt besonderen Wert auf die Pflege des Patriotismus. Sie hat auch besonderen Grund dazu. Es ist nämlich das Bestreben der Regierung, die aus allen Ländern der Welt zusammengelaufenen Leute zu einem Volk zu machen. Ob es ihr gelingen wird, ist eine andere Frage.

In der Schule ist die Religion ausgeschaltet. Trotzdem versteht es die Kirche, an die Massen heranzukommen. Sie verliert nicht nur aus der mangelnden Erziehung der Einwandernden Kapital zu schlagen, sondern auch auf den gesellschaftlichen Verkehr einzuwirken, um ihre Macht zu vergrößern. Für die Jugend und die Erwachsenen arrangiert sie Unterhaltungsabende mit Tanz, Ausflüge nach dem Balde, im Winter Schlittenfahrten u. a. m. In letzter Zeit sind hier

seit einer Arbeitseinstellung überzeugt war, lehnte sie die Forderungen ab. Der Verband berief eine Sitzung des Vorstandes unter Teilnahme von Vertretern von allen Betrieben, besprach die Lage, wählte ein Streikkomitee und proklamierte einen Streik. Doch wurde die Arbeit nicht auf dem Wasserwerke oder bei der Löschmannschaft eingestellt, sondern die Straßenbahn wurde angehalten. Wenn das nicht wirkte, das Gaswerk (in den russischen Städten benutzten nur die wohlhabenden Leute Gas). Wenn das nicht half, wurde das Licht ausgeschaltet usw., bis zur Einstellung der Ausfuhr der Auswürfe der Kanalisation in den von der Bourgeoisie bewohnten Stadtteilen, was unter den „anständigen Leuten“ Entsetzen hervorrief, so daß sie bereit waren, nachzugeben.

Es ging es weiter, bis die Forderungen des Verbandes erfüllt wurden. Gegen Repressalien durch bewaffnete Macht seitens der Arbeitgeber sicherte sich der Verband dadurch, daß er gleich am Anfang des Konfliktes der Stadtverwaltung und der Einwohnerschaft erklärte, daß er im Falle einer gewaltsamen Einmischung von dritter Seite das ganze Leben der Stadt zum Stillstand bringen werde und alle Verantwortung dafür ablehne. Das wirkte so auf die Stadtverwaltungen, daß sie nie zu solchen Mitteln griffen.

Es erwies sich also, daß man, um die Arbeitsbedingungen in irgendeinem Betriebe zu verbessern, die Arbeit in diesem Betriebe gar nicht einzustellen brauchte. Doch alles dieses ist nur dann möglich, wenn die Gemeinbedarbeiter alle in einem Verbandsorganisiert sind.

Nach dem Oktober 1917 vergrößerte sich der zahlenmäßige Verband des Verbandes, weil die Hausökonomie, die Friseurateliers, Wäschereien usw. der Stadtökonomie einverleibt wurden. Die Frage über die Vereinigung der Wäschereien und Friseure, sowie des Verbandes der Hausangestellten wurde auch in Anbetracht der Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen gelöst.

Nach der Oktoberrevolution änderten sich die Aufgaben des Verbandes. Bis zu diesem Zeitpunkte mußten die Verbände fortwährend kämpfen; nach der Revolution waren die früheren Kampfmethoden nicht mehr möglich. Die Wirtschaft mußte reguliert werden, die Verteilung und Verausgabung der Gelder, die der ganzen Gemeinbewirtschaft verabsolgt wurden, mußte beaufsichtigt werden. Infolgedessen mußte der Verband die Höhe der Löhne feststellen, Produkte, Kleider verteilen usw. Um alles das durchzuführen, mußte energisch und schnell gehandelt werden, und wenn der Verband diese Aufgaben lösen konnte, so war das nur eine Folge davon, daß er eine einzige allgemeine Organisation darstellte und keine Verhandlungen zu führen brauchte.

Die Neue Wirtschaftspolitik (Nep) hat die Beziehungen des Verbandes zu den gemeinnützigen Betrieben der Gemeinbewirtschaft nicht verändert; sie hat bloß Veränderungen in der Arbeit des Verbandes auf dem Gebiete der Bedienung derjenigen Arbeiter hervor-

gerufen, die bei den neuen Verhältnissen sich als im Dienste von Privatpersonen und Privatorganisationen stehend erwiesen.

Das Kräfteverhältnis zwischen dem Verbands- und der Gemeinbewirtschaft wird von dem im Besitz der Gemeinbewirtschaft befindlichen reellen Werte bedingt. Was aber die Privatunternehmen betrifft, so werden die gegenseitigen Beziehungen durch das tatsächliche Verhältnis zwischen der Arbeit und dem Kapital festgelegt, und daher muß der Verband über alle Kampfmittel verfügen, d. h. einen starken, gut arbeitenden Apparat, einen Streikfonds und andere Mittel zur Ausübung eines Druckes bestehen.

Können die Gemeinbedarbeiter (Hausangestellte, Friseure, Wäscherinnen, Feuerwehrmänner usw.) über alles das verfügen, wenn sie nach Verufen organisiert sind? Die Antwort ist ein entschiedenes Nein. Sie wären dank ihrer Zersplitterung so schwach, daß es ihnen unmöglich wäre, beständig funktionierende Verbandsapparate (Instruktoren, Angestellte, Betriebsräte usw.) zu unterhalten, und infolge ungenügender Mittel würden sie in ihrem Kampfe gegen das Privatunternehmen immer unterliegen.

Bel gemeinsamer Arbeit aber ist die Lage anders. Der Verband besitzt große Mittel, einen gut organisierten Apparat, er verfolgt aufmerksam nicht nur das Leben der Arbeiter in den großen Betrieben der Gemeinbewirtschaft, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Einzelmitglieder (Hausnechte, Friseure, Wäscherinnen, Wäscher, Heizer usw.) und zwingt die Arbeitgeber, verschiedene Verbesserungen einzuführen. Im Falle einer Abgabe, den Forderungen des Verbandes zu entsprechen, trifft der Verband alle nötigen Maßnahmen: er proklamiert einen Streik, Boykott usw. und setzt schließlich alle seine Forderungen durch. Auf diese Weise gibt die Organisation des Verbandes der Gemeinbedarbeiter nach Betrieben letzteren die Möglichkeit, die von ihm organisierten Arbeiter voll und ganz zu bedienen. Das Schlimmste für die Gemeinbedarbeiter ist Zersplitterung des Verbandes, die jede Arbeit und jeden Kampf unmöglich macht. Die Existenz mehrerer Verbände ruft unzählige Verhandlungen und Vereinbarungen hervor, ohne die Uneinigheiten und Reibungen entstehen können, die von dem Arbeitgeber immer mit Erfolg ausgenutzt werden.

Zuletzt noch eine sehr wichtige Frage: Wie soll man bei solch einem Konglomerat der verschiedensten Professionen alle professionellen Forderungen und Interessen richtig abwägen und befriedigen? In dieser Hinsicht mußte der Verband eine riesige Arbeit bewältigen: er mußte zuerst die Massen erziehen und ihnen praktisch den Vorteil der gemeinsamen Arbeit und der Verteidigung der gemeinsamen Interessen beweisen, indem er gleichzeitig die Interessen jeder Profession oder Innung vertrat. Das Resultat dieser Arbeit ist, daß die russischen Gemeinbedarbeiter die Verbandsinteressen allen anderen vorantstellen und erst an zweiter Stelle für die Interessen einer Innung oder einer Profession sorgen. Um diese Arbeit prak-

wie in den benachbarten Dörfern eine Anzahl deutscher Einwohner eingeflossen, darunter auch Berliner. Einer davon ist Dillbert. Nachdem ich gehört, daß er die Kirche sowie ihre Veranstaltungen besuche, machte ich ihn auf die Antikonsequenz sowie auf die Heuchelei in seinem Verhalten aufmerksam. Hierauf sagte er mir: „Was soll ich machen, wenn man nicht gesellschaftlich tot sein will?“

Die Indianer sind in dieser Gegend fast vernichtet und ihre Stämme aufgelöst. Dieser Kampf wird aber nicht mit dem Tomahawk, sondern vom roten Medizinmann geführt. Der rote Mann macht den Dr. Eisenbart. Er kurtiert die Leute nach seiner Art, indem er ihnen gegen allerlei Krankheiten Schlangengift verkauft. Ich hatte Gelegenheit zu sehen, wie die Leute aus der Fabrik fliehen, um von dem dort harrenden roten Mann mit langen, schwarzen Haar und gelben Schuhen dieses Zeug zu kaufen, die Flasche zu je 50 Cents. Ob der Mann das Zeug aus irgendeiner Drogenhandlung gekauft oder ob es eine indische Schönheit von sich gegeben hat, konnte ich nicht feststellen. Ein anderer roter Medizinmann hat in Utica eine Praxis, um die ihn jeder deutsche Arzt beneiden könnte. Der Mann kann machen, daß die Blinden gehen und daß die Lahmen wieder sehen. Dafür reichen keine Sprechstunden in Utica nicht aus. Er sieht sich gezwungen, in den Nachbarorten ebenfalls noch solche abzuhalten. Für jeden Patienten steht schon eine Flasche auf dem Tisch, gleichviel an welcher Krankheit er leidet. Dafür hat der Mann auch mehrere Willen und nicht die schlechtesten. So feiern hier Übergläubigen und Dummheit Triumphe. Gewiß kommt auch noch in Deutschland manches vor, aber hier darf man kaum wegen, eine abfällige Meinung zum besten zu geben.

Etwas über die gegenseitigen Umgangsformen dürfte auch erwähnenswert sein. Entschuldigungen bei irgendeiner ungewollten Belästigung gegenüber den Nebenmenschen gibt es hier nicht. Ich mußte aber unehrlich sein, wollte ich nicht auch über Gules berichten. Im Sommer wollte ich oftmals, um die Umgebung kennen zu lernen, eine Wanderung nach einem See oder benachbarten Orte unternehmen; aber zur Ausführung kam es nicht, da ich, wenn ich aus

dem Weichbilde der Stadt war, stets von einem vorbeifahrenden Auto mitgenommen wurde. Ich bemerkte ausdrücklich, daß ich noch nie jemand mit der Bitte, um mitzufahren, belästigt habe, ja es des öfteren abgelehnt habe. Jedoch bei der nächsten Aufforderung blieb mir weiter nichts übrig, als doch einzustimmen. Bei einer Wanderung nach Spruh-Lake erlebte ich, daß ich von drei Autos nach dort mitgenommen wurde und zwar mit jedem so weit, als die Richtung seiner Fahrt in der Richtung meines Zieles lag, so daß ich mit dem dritten Auto mein Ziel erreichte.

Das Staatsideal vieler deutschen Alkoholgegner ist hier verwirklicht. Hier herrscht die Prohibition, d. h. es ist das Alkoholverbot eingeführt. Trotzdem gibt es hier genügend Biertrinker, denn jedes Haus hat bald keine eigene Brenneret. Der Schaden ist gegen früher noch größer, da durch die primitive Fabrikation eine viel schlechtere Qualität konsumiert wird. Das Verbot ist jetzt aus diesem Grunde schon stillschweigend von der Behörde gemildert worden, indem sie duldet, daß in den Lokalen offen Bier verkauft wird. An einem Sonntage darf aber nichts verkauft werden. In hertimer sind in letzter Zeit eine Anzahl Deutsche, meist jüngere Leute, eingewandert. Auf der Suche einiger nach einer Logierstube wurde ihnen an einer Stelle der Bescheid, Deutsche wollten sie nicht, sie gehen nicht zur Kirche und kaufen. Am nächsten Abend fanden sich mehrere zusammen und brachten den Leuten ein Ständchen durch Gesang und Mandolinbegleitung, indem sie zum Besten gaben: „Wir verkaufen unkerer Oma ihr klein Häuschen und die erste und die zweite Hypothek“, so eine Stunde lang.

Ich will nun schließen. Ich hoffe, daß mein Schreiben doch etwas beigetragen hat, dem amerikanischen Kultur- und Geistesleben Verständnis entgegenzubringen. Wenn man mich heute erneut vor die Entscheidung stellen würde, Deutschland zu verlassen, so würde ich genau so handeln wie damals. Trotz alledem stehe ich auf dem Standpunkt: Deutschland ist kulturell in der Welt voran.

Hermann Witt, Little Falls.

tisch durchzuführen und die einzelnen Professionen so gut wie möglich zu bedienen, schuf der Verband eine Reihe von Sektionen (der Hausarbeiter, der Friseur, Straßenbahner, Wäscherinnen usw.). In dem Maße, wie das Klassenbewußtsein der Arbeiter erstarbte, die Solidarität sich entwickelte und der Verbandsapparat sich festigte und mit der Eigenart jeder einzelnen Profession bekannt wurde, wurden die Sektionen auf Antrag der Arbeiter selbst allmählich liquidiert, so daß der Gemeindefacharbeiterverband nunmehr zurzeit eine einzige, gut zusammengeschweißte Organisation in allrussischem Maßstab mit 176 000 Mitgliedern darstellt, die folgende Professionen in ihren Reihen zählt: 1. Straßenbahn, 2. Wasserwerke, 3. Straßenbeleuchtung, 4. Gaswerke, 5. Kanalisation, 6. Latrinenwesen, 7. Wäscherellen, 8. Feuerwehr, 9. Friseursalons, 10. Straßenreinigung, 11. äußere Ordnung: Arbeiter der Gärten, Garten- und Blumenanlagen, Orangerien und dergleichen, 12. Hausarbeiter, 13. Angestellte der Einrichtungen der Gemeindefachwirtschaft, administratives und technisches Personal und Kontorangestellte. **A. R a r t y s h e w.**

• **Rus Politik and Volkswirtschaft** •

Genossenschaftswesen.

Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften wurzelt in der wirtschaftlichen Kräftekonzentration, vor allem der auf Lohn und Gehalt angewiesenen Verbrauchermassen. Darüber hinaus aber zeigt die organisatorische Struktur der Konsumvereine, daß sie auch die Kreise erfaßt, die zur Produzentengruppe gehören, deren Verbraucherinteresse jedoch in gleichem Maße bei den Konsumgenossenschaften gewahrt ist, wie das der Lohn- und Gehaltsempfänger. Neben den Arbeitern und Angestellten, Beamten und freien Berufsangehörigen bilden allmählich die selbständigen Gewerbetreibenden und kleinen Landwirte einen nicht unbedeutenden Teil der konsumgenossenschaftlichen Organisationen, in denen man je länger je mehr die wirtschaftlichen Volksgenossenschaften erblicken muß, die der zukünftigen Volkswirtschaft ihren Stempel aufprägen werden. Daß damit nicht zweiwel gesagt und jede perspektivische Ideologie vermieden ist, beweist die Tatsache, daß schon Karl Marx und mit ihm die erste Arbeiterinternationale (Genfer Konferenz 1864) der Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Umwälzung der Gesellschaft zugeschrieben haben. Eine von dem Kongreß angenommene Entscheidung sagt:

„Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätze beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das wohlhabenderen und republikanische System der Koordination von freien und gleichen Produzenten.“

Die Entscheidung empfiehlt nun, sich eher auf Produktiv- als auf Konsumgenossenschaften einzulassen, eine Tatsache, die beweist, daß mit Ferdinand Lassalle auch Karl Marx die Produktivgenossenschaften als das Zweckmäßigere ansah. Wenn die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung der Konsumgenossenschaften das umgekehrte Bild geschaffen hat, so beweist dies nur, daß man eben vor 60 Jahren den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nicht auch in dieser organisatorischen Einzelheit voraussehen konnte. Eine Tatsache, die im Hinblick auf neuzeitliche Prophezeiungen immerhin zu allerlei Nachdenklichkeiten Veranlassung geben muß. Die Produktivgenossenschaften sind immer der schwächste Zweig der Genossenschaftsbewegung geblieben. Ein Teil von ihnen mußte in die Unternehmungen der Konsumgenossenschaften eingegliedert werden, um sie vor gänzlichem Verfall zu bewahren. Anders die Konsumgenossenschaften. Aus genossenschaftlichen Warenverteilungsorganisationen sind Betriebskonzentrationen entstanden, die praktisch zeigen, daß die Organisation des Konsums die beste Grundlage für die Regelung der Produktion bildet. Die Marx'sche „Risikoprämie“ des Kapitals wird ausgeglichen, weil die kombinierte Konsum- und Produktivgenossenschaft nur für den inneren (Mitglieder-) Markt arbeitet, der Bedarf durch den Konsum erfaßt ist und dadurch der Ueberfluß an Produktion ausscheidet. Dieser Tatsache vermag auch die privatwirtschaftliche Konkurrenz gegen die Konsumgenossenschaften keinen Abbruch zu tun, denn die Erfahrung hat bereits tausendfach bewiesen, daß die auf dem organisierten Konsum aufgebaute Produktion infolge der Ausschleibung einer Reihe von Kostenfaktoren (Risikoprämie, Kapitaleinkommen, Rente usw.) der privatwirtschaftlichen Produktionsweise unbedingt überlegen ist. Daraus ergeben sich die schon von Karl Marx gezogenen sozialen Folgerungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften ganz von selbst. Für die Genossenschaftsbewegung und ihre Mitglieder kann es sich heutzutage nur darum drehen, ihre Handlungen jenen Folgerungen anzupassen, Handlungen, die in einer vorbehaltlosen, idealen, organisatorischen und materiellen Förderung der Konsumgenossenschaften bestehen müssen. Vor allem aber: Die Förderung der Konsumgenossenschaften ist Dienst an der Gemeinwirtschaft, am wirtschaftlichen Sozialismus, der die Volkswirtschaft der Zukunft sein wird.

• **Gas, Wasser, Elektrizität** •

Frankfurt a. d. O. Die Handwerker des Gaswerkes haben einen Stundenlohn von 44 Pf., dazu treten die sogenannten Leistungszulagen. Die ungelerten Arbeiter haben einen Stundenlohn von 35 Pf., ohne sonstige Zulagen. Wiederholt wurde in dem Wochen vorher verhandelt, um die äußerst geringen Löhne, die zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, aufzubessern, jedoch ohne Erfolg. Ein Antrag wurde an den Schlichtungsausschuß gestellt, die Löhne der Gasarbeiter ab 1. August auf 50 Pf. für die Handwerker und 40 Pf. für die ungelerten Arbeiter zu erhöhen, sowie die Frage des Sommerurlaubs erneut zu regeln, weil der Schlichtungsausschuß am 17. Mai in seiner damaligen Sitzung beschlossen hat, daß es bei der bisherigen Urlaubsregelung bleibt, wogegen die Verwaltung des Gaswerkes bzw. des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes nicht über einen Urlaub von sechs Tagen hinausgehen will. Die feinerzeitige Urlaubsregelung sah einen Höchsturlaub nach zehn Jahren von 12 Arbeitstagen vor. Hinsichtlich der Löhne glaubte der Schlichtungsausschuß eine Erhöhung nicht festsetzen zu brauchen. Beim Sommerurlaub bestätigte er nicht seinen Spruch vom 17. Mai, sondern setzte fest, daß der Höchsturlaub nach zehnjähriger Tätigkeitszeit acht Werktagen betragen soll. Daß infolge dieses, jedes soziale Bestreben entbehrenden Schiedspruches die Arbeiter erregt sind, ist verständlich. In einer Versammlung am 13. August wurde der Schiedspruch von der Belegschaft abgelehnt, die Organisation und der Betriebsrat beauftragt, weitere Verhandlungen zu führen. Solche wurden im Laufe des folgenden Tages gepflogen, leider ergebnislos. In der erneut einberufenen Betriebsversammlung wurde eine Entschließung angenommen, worin die Belegschaft den Spruch des Schlichtungsausschusses in seiner Sitzung vom 13. August, der jedwede Lohnhöhung ablehnt, scharf mißbilligt. Auch die ergebnislos verlaufenen Verhandlungen wurden einer kritischen Betrachtung unterzogen. Einstimmig wurde der Schiedspruch abgelehnt. Es wird erwartet, daß die Verwaltung des Frankfurter Gaswerkes den Forderungen der Arbeiter entgegenkommt. Wenn bei ihr etwa das Bestreben war, die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter zu zertrümmern, so kann ihr gesagt werden, daß die Arbeiter gelobten, treu und fest hinter ihrem Verbands zu stehen. Schon der Ausgang dieses Lohnkampfes zeigt, daß ohne die Gewerkschaft ein sozialer Fortschritt nicht zu verzeichnen ist. Der Lohnstreik ist erneut gefühndigt, fest steht, daß bei einem Stundenlohn von 35 Pf. ein Arbeiter seine Familie nicht ernähren kann. Mehr soziales Verständnis ist am Platze, um auch den schlechtest bezahlten Arbeitern eine Existenzmöglichkeit zu schaffen.

• **Rus anderer Bewegung** •

Frankenthal. In unserer Mitgliederversammlung am 8. August sprach Kollege Hund über den Abschluß des neuen RRT. Die Diskussion ließ in einer scharfen Kritik der Verschlechterungen nichts zu wünschen übrig, bewegte sich aber immerhin im Sinne der Ausführungen des Referenten. Klar wurde zum Ausdruck gebracht, daß nur durch unsere festgefugte Organisation die schlechtesten Anträge der Arbeitgeber zunichte gemacht werden konnten. Es müsse deshalb die Organisation noch mehr gefestigt werden, um die Verschlechterungen des neuen RRT für die Platz abzuwehren.

Ludwigshafen a. Rh. In der Versammlung am 15. August berichtete Gauleiter Hund über den neuen Reichsmanteltarif, die Stellungnahme des Verbandsrates und des Verbandsvorstandes dazu. Die Kollegen befanden in der Diskussion, daß sie nicht willens sind, sich dem Diktat des Arbeitsministeriums zu fügen, sondern für die Aufrechterhaltung ihrer jetzigen Vergünstigungen mit allen Mitteln zu kämpfen. Gauleiter Hund bemerkte, daß ein Bezirks-Rahmen tarif geschaffen werden kann. Der Vorstehende Willt alles auf die Artikel in den bürgerlichen Blättern hin, die sich fortwährend mit unserer Organisation beschäftigen. Er erinnerte an den 4. Mai, wo sich die Arbeiter bei der Reichstagswahl selbst eine Ohrfeige oabten. In den städtischen Betrieben mögen sich alle uns noch fernstehenden Kollegen dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Auch müssen alle restlichen Kampfsondarmen geliebt werden, damit wir auch die Mittel zum Kampf haben, die wir dringend bedürfen.

Speyer a. Rh. Am 7. August referierte Kollege Hund in einer gut besuchten Mitgliederversammlung über den Abschluß des neuen Reichsmanteltarifvertrages. Zur Beurteilung der Sachlage sei notwendig, daß man berücksichtigen müsse: 1. die zahlreichen Verschlechterungsanträge der Arbeitgeber, 2. die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Diese 2 Hauptpunkte haben die Verhandlungen ungemein erschwert. Das Verhandlungsergebnis bedeutet wohl einen Erfolg der Organisation, ist aber nach Lage der Verhältnisse für die Pfälzer Kollegen fast untragbar. Die Gauleitung wird Mittel und Wege finden müssen, um eine annehmbare Lösung zu finden. In der Diskussion wurden die Verschlechterungen des neuen RRT, einer scharfen Kritik unterzogen und mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie für die Pfälzer keine Anwendung finden dürfen.

Rundschau

Zur 60. Wiederkehr des Todestages von Lassalle am 31. August.
 Es ist die Eigenart großer Naturen, daß sie die Strahlen ihrer Persönlichkeit über ihr eigenes Schaffensgebiet hinausenden in universellere Kreise, daß ihre Existenz ein Stück geistiger Geschichte ist, aus dem das ganze geistige Leben lernen kann. So war es auch bei Lassalle. Sein Schaffen war politisch. Seine größte Tat war die Gründung einer großen politischen Partei. Und doch war sein Geist so umfassend, daß seine Persönlichkeit als kulturelle Erscheinung der Geschichte von der ganzen Menschheit zu würdigen ist und daß vor allem das Proletariat ihn ohne Rücksicht auf politische Stellungnahme immer wieder als feurigen Kämpfer der Freiheit zu beachten hat. Und was war jenseits von seinem politischen Kämpfen die Wesensart dieser einzigartigen Persönlichkeit? Was ist es, das neben seiner historischen Tat als kultureller Ereignis Wert hinzubringen hat in jedes einzelne Teilgebiet der großen proletarischen Bewegung? Das war seine Begeisterung für den proletarischen Kampf als den Kampf für eine sittliche Idee. Das war sein Glaube an die weltgeschichtliche Bedeutung der proletarischen Klasse. Das war sein „Schrei nach Liebe“, wie er selber einmal das letzte Wesen des Klassenkampfes genannt hat. Nicht brennende Fragen wurden gelöst, sagte Lassalle, sondern das Wesentliche ist, daß es Herzen gibt, die für die Fragen entbrennen. Sieg war ihm untrennbar von Begeisterung. Die Freiheit hat ihre Wurzeln der Kraft in der Seele. Je größer die Blut, mit der das Proletariat seinen Kampf kämpft, um so schneller die Erfüllung,“ sagte Lassalle. Aber auch um so reiner und stiller die Persönlichkeit. Nach Lassalle stehen sittliche Kultur des einzelnen und Freudigkeit an der Idee in engem Zusammenhang. Wir können gewiß sein, daß wir um so stiller dastehen, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft für die reine proletarische Sache ist.“ Und eben darum wirt die übliche Kritik an der Gewerkschaftsbewegung so zerlegend auf die Siegestraft, weil sie fast immer aus nüchternem Hirn geboren. Wo der „Schrei nach Liebe“ hinweist auf die ganze Größe des Kampfes, da bleibt die Kämpferklar immer und überall glühend geist, da ist die Kämpferklar zur Einheit durchsteht von einem großen proletarischen Glauben, da ist alles, aber auch alles untergeordnet unter den einen Gedanken der neuen Kultur, die nur durch Einheit erkämpft werden kann. Das ist Lassalles vorgeliebte Lehre vom proletarischen Glauben, von der legendären Kraft des Glaubens an die Zukunft aus dem proletarischen Kampfe heraus. Das ist der künstlerische Wert der Menschheit, der da allein zur Produktivität in der Geschichte berufen ist. Kämpfer und Mensch zu sein hieß für Lassalle als Proletarier leben. Den Kampf durchzuführen mit einem schenklenden Glauben, mit selbstloser Hingabe an die Idee. Das heißt siegen. Das heißt im Geiste Lassalles das proletarische Ringen zu machen zum Ringen um den sittlichen Sinn der Menschheit. Und diese Bestimmung auch des Gewerkschaftskampfes als Miebdes des Kampfes um die Idee ist „die hohe weltgeschichtliche Ehre“, die immer im Leben „all unsere Gedanken in Anspruch zu nehmen hat.“ „Der hohe Sinn dieses Schenkens ist es, der sich mit einer verzehrenden Ausschließlichkeit unseres Geistes bemächtigen, unser Gemüt erfüllen und unser gesamtes Leben als ein seiner würdiges, ihm angemessenes und immer aus ihm bezogenes gestalten muß.“

Aufgaben der Gewerkschaftsmitglieder. Kollege Walter Stendal schreibt uns: Die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten verschlechtern sich immer mehr. Die Gewerkschaften stehen hier vor großen Aufgaben und Schwierigkeiten, die zu lösen nur möglich sind, wenn die Mitglieder sich bemühen, die Situation klar zu erkennen und entsprechende Folgerungen daraus zu ziehen. Der Kampf ist nicht leicht, der zu führen ist, denn der Gegner ist stark, zäh und geschickt. Um so mehr ist Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterorganisationen notwendig. Daß Deutschland mehr produzieren, mehr exportieren muß, um seiner Schwierigkeiten Herr zu werden, steht außer Zweifel. Ebenso aber auch, daß die deutsche Arbeitskraft des nötigen Schutzes bedarf, um sich zu reproduzieren und fähig zu sein, die Werte zu schaffen, die Deutschland zu seiner Erhaltung im weitesten Sinne bedarf. Von der Machtvolle der Gewerkschaften hängt es ab, wie sich die Zukunft gestalten. Schwächung der Gewerkschaften bedeutet rücksichtsloses Schalten und Walten des Unternehmertums gegen die Arbeiter, Stärkung der Gewerkschaften aber bedeutet Aufstieg des deutschen Volkes zu neuer Größe, zu neuem Glück. Es bedeutet aber noch mehr: Durchscheidung der Anschauung, daß Wirtschaften Sache des gesamten Volkes, daß Erhaltung und Förderung der deutschen Wirtschaft Erhaltung und Förderung des deutschen Volkes ist. Darum liegt das Schicksal Deutschlands in der Stärke und Macht seiner Gewerkschaften, die zu stützen und fördern Pflicht und Schuldigkeit jedes Arbeiters, Angestellten und Beamten ist. Wir müssen mehr denn je Gewerkschaftsarbeit leisten. Denn Gewerkschaftsarbeit ist Arbeit am deutschen Volke. Wer sie leistet, und alle sollen ihre Kräfte dazu

hergeben, arbeitet mit am neuen Deutschland, an der Ausgestaltung des sozialen Staates. Wer sich abseits stellt oder gar den eigenen Organisationen in den Rücken fällt, Zwietschacht in die eigenen Reihen trägt, handelt ehrlos, ist im neuen Sinne gleichbedeutend mit Volksverräter. Also fort mit Gleichgültigkeit und Kleinmut, arbeitet mit in Eurem Interesse und im Interesse Eurer Kinder!

Der philosophische Straßenthrer. In der „Königsberger Allgemeine Zeitung“ vom 13. August (Morgenausgabe) stand folgende kleine Geschichte: „Daniel O'Brien, der philosophische Straßenthrer der Stadt Westminster, ist eine der gekieierten Persönlichkeiten der Londoner Gesellschaft. Kürzlich war er als Gast zur Hochzeit der Lady Ursula Grosvenor geladen, und J. Hermann wollte seine geistvolle Unterhaltung genießen. Dieser merkwürdige Straßenthrer, der seit 23 Jahren sein Amt bei Sturm und Regen ausübt, hat sich in dieser Zeit zugleich eine bedeutende Bildung erworben. Er besitzt eine Bibliothek von 2000 Bänden, die er auch gelesen hat, was man von manchen Bibliotheksbesitzern, die keine Straßenthrer sind, nicht sagen kann. Durch weite Reisen hat er seinen Gesichtskreis ausgedehnt und steht mit vielen bedeutenden Männern im Briefwechsel. „Ich wählte den Beruf des Straßenthrers, weil ich gern in freier Luft sein wollte,“ gestand er kürzlich einem Berichterstatter, „und ich habe diese Wahl nie bereut. Ich konnte ein Leben führen, wie ich es mir wünschte, und mir eine Ausbildung verschaffen, die mich befriedigt und meinem Dasein einen Sinn verleiht. Die Aufmerksamkeit, die neuerdings auf mich gelenkt wurde, ist mir sehr unermünscht. Ich verfolge nicht nach Geld und Gut, sondern ich bin zufrieden bei meiner Arbeit und meinem Studium. Als ich vor zwei Jahren in Oxford Vorlesungen hören durfte, war mir das mehr wert als viel Geld. Wenn ich einmal das Straßenthreramt aufgeben, so habe ich genug gelernt, um andere etwas lehren zu können.“ — Wenn dieser „philosophische Straßenthrer“ auch nur erfunden zu sein scheint, so offenkundig zu dem Zweck, seine Zufriedenheit mit seiner Tätigkeit auszudrücken. Wir bezweifeln, daß in England solche idyllischen Arbeitsverhältnisse sind, um solche „Zufriedenheit“ als berechtigt erscheinen zu lassen. In seinem Fall sind in Deutschland solche Verhältnisse bei der Straßenreinigung denkbar.

Eingegangene Schriften und Bücher

Gewerkschaften und Politik. Von E. Kaufhäuser, Industriellenrat, Berlin SW. 62. Die Einheit kostet für Gewerkschaftsmittelglieder 20 Pf., Gewerkschaften und deren Ortsvereine erhalten 25 Proz. Rabatt, bei Abnahme von mehr als 10 Einde werden 30 Proz., bei 20 Einde und mehr 35 Proz., bei 50 Einde und mehr 40 Proz., bei 100 Einde und mehr 50 Proz. Rabatt gewährt.

Hilfe für die proletarische Bildungsbewegung. Heft 1: „Wege zur Selbstbildung des Arbeiters“. Herausgegeben vom Deutschen Metallarbeiterverband, Preis 25 Pf.

In der Sammlung „Alle Reisen und Abenteuer“ von H. M. Prochaska, Leipzig, ist Band 26: „Toujours Morlon, Leben und Tod am Äquator“, erschienen. Preis gebunden 2.50 Mk. Der Band reiht sich würdig den früher erschienenen Bänden der „Reisen und Abenteuer“ an, insbesondere den Bänden 3, 6 und 12, die sich mit Ericshimms Kapitän Scotts und Ernest Shackletons beschäftigen. In dem reich mit Abbildungen und Karten geschmückten Bande treten die Hauptpersönlichkeiten der über weite, eisbedeckte Meer- und Landstrecken bestellten Expedition womöglich noch kräftiger hervor als in dem Quatier.

„Wir wollen werden, wir wollen werden.“ Gedichte von Lubowia Sellen, Berlin. Antoniet 35 Pf., in Goldleinen 70 Pf. Arbeiterliederbuch, Berlin SW. 68, Einbinder 3. Eine neue kleine Gedichtsammlung von Lubowia Sellen. Es sind Strophen, die sich fast durchweg im Gedanken- und Gefühlskreis jugendlicher Arbeiter bewegen: Stimmungslagen, Kampfrufe, Aussprüche. Die alte, bekannte Art des Dichters zeigt sich wieder aufs neue. Nicht nur den Jungen, sondern auch den Alten wird dieses Büchlein eine willkommene Gabe sein.

Verbandstell

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Aufforderung zur Teilnahme an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. eröffnet am 1. Oktober 1924 einen neuen Lehrgang. Der Verbandsvorstand beabsichtigt, ein Verbandsmitglied als Hörer nach Frankfurt a. M. zu entsenden. Der Kursus dauert 10 Monate, in welche Zeit ein Monat Urlaubspause eingeschoben wird. Als Unterstützung für die Hörer gewährt der Verbandsvorstand den eingegangenen Arbeitsverdienst.

Verbandsmitglieder, die Wert darauf legen, an diesem Kursus teilzunehmen, werden ersucht, einen Antrag bis zum 10. September 1924 unter Beifügung einer schriftlichen Arbeit über die Notwendigkeit der Teilnahme von Arbeitern an der Akademie der Arbeit sowie über ihre bisherige Tätigkeit im Verbands bei uns einzureichen.

Der Verbandsvorstand.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter F. Mantner, Verantwortlicher Redakteur W. Dillmer, beide Berlin SO. 82, Schlichte Str. 42. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 8